



Nr. 11

22. März 2017

Inhalt

[Dritter Demografiegipfel der Bundesregierung –
Demografiestrategie: Öffentlicher Dienst ist tragende Säule+++
dbb bundesfrauenvertretung zum Equal Pay Day 2017:
„Wir haben keine Zeit für Lohnungerechtigkeit“+++
dbb bundessenorenvertretung: Bearbeitungsdauer von
Beihilfeanträgen ist ein stetes Ärgernis+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Beamte in Baden-Württemberg: Tarifergebnis wird übertragen –
abgesenkte Eingangsbesoldung vom Tisch+++
dbb rheinland-pfalz kritisiert geplante Anhebung der Bezüge
für Landtagsabgeordnete+++
dbb Lehrerverbände und KMK: Integrationsbemühungen
fortsetzen+++
DSTG zur Reform der Grundsteuer: Ohne Personalkonzept
droht Kollaps+++
VBE und BVKJ fordern Schulgesundheitsfachkräfte+++
BLBS begrüßt Entschluss der Kultusministerkonferenz zur
Aufwertung des Ausschusses für Berufliche Bildung+++
Internationaler Tag der Wälder: BDF betont Rolle der Forstleute+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Dritter Demografiepfel der Bundesregierung – Demografiestrategie: Öffentlicher Dienst ist tragende Säule

(dbb) Die bedeutende Rolle des öffentlichen Dienstes bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen für Staat, Wirtschaft, Gesellschaft hat der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand für Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra anlässlich des Dritten Demografiepfels der Bundesregierung betont. „Der öffentliche Dienst ist eine tragende Säule für die Demografiefestigkeit unseres Gemeinwesens“, sagte Benra am 16. März 2017 in Berlin, wo die Experten der insgesamt zehn Arbeitsgruppen, die seit April 2012 kontinuierlich an der Demografiestrategie der Bundesregierung mitwirken, ihre Ergebnisse präsentierten.

Benra, der als Ko-Vorsitzender in der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière geleiteten Arbeitsgruppe „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“ fungiert, machte auf dem Podium deutlich, dass „wir den demografischen Wandel für alle Generationen und Regionen vorteilhaft gestalten können, wenn wir einen flächendeckend leistungsfähigen öffentlichen Dienst als Infrastruktur vorhalten. Von der Sicherheit über Betreuung von Klein und Groß, lebenslange Bildung, medizinische Versorgung bis hin zu Kommunikationsanbindung und Kultur – alle Wege führen zum oder über den öffentlichen Dienst. Der Staat ist gefragt und gefordert und darf sich nicht zurückziehen.“ Benra weiter: „Im Gegenteil: Der Staat muss sich als attraktiver moderner Arbeitgeber präsentieren, um gut qualifizierten und motivierten Nachwuchs in allen Bereichen zur Bearbeitung der Zukunftsaufgaben zu gewinnen. Er muss sich selbst demografiefest aufstellen, um den demografischen Wandel zu einem Gewinn für alle zu machen.“ Vor diesem Hintergrund könnten sich die Ergebnisse der AG, die sich mit dem öffentlichen Dienst beschäftigt, sehen lassen. „Das bereits haushaltstechnisch auf den Weg gebrachte Projekt der demografievorsorgenden Stellenpolitik mit einem Planstellenpool entspricht exakt unserer zentralen Forderung nach einer vorausschauenden Personalpolitik. Erfreulich ist auch, dass Bund, Länder und Kommunen mit der Einigung auf eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zur Nachwuchsgewinnung nun auch auf diesem Feld nachhaltig und breit aufgestellt aktiv werden und mit dem Dachportal www.durchstaaten.de Werbung für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber machen – so, wie es der dbb schon seit Jahren mit seiner bundesweit erfolgreichen Kampagne ‚Die Unverzichtbaren‘ tut“, berichtete der dbb Vize. Ein Fortschritt seien außerdem die angeschobenen Projekte zu weiteren Flexibilisierungen der Arbeit, um die Vereinbarkeit von Familie, privatem Engagement und Beruf weiter zu verbessern. So seien beispielsweise die Angebote für mobiles Arbeiten, Führen in Teilzeit und die Familienservice-Leistungen weiter ausdifferenziert wor-

den. Benras Bilanz: „Insgesamt halten wir den Demografiedialog und sein Format mit der Einbeziehung der Sozialpartner für sehr gelungen und erwarten, dass dieser Prozess in der kommenden Legislaturperiode genauso fortgesetzt wird.“

Der dbb ist seit Beginn des Demografiedialogs der Bundesregierung in zahlreichen Arbeitsgruppen vertreten. Kirsten Lühmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, erarbeitete in der AG „Gute Partnerschaften für starke Familien“ Vorschläge, wie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aussieht und umgesetzt werden kann. Ein zentrales Ergebnis der Arbeitsgruppe ist die Sammlung und Zusammenstellung guter Praxisbeispiele. „Diese Best Practice-Varianten erleichtern die gezielte Suche nach praxisorientierten guten Beispielen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützen den Wissens- und Erfahrungstransfer“, so Lühmann. „Wir haben deutlich herausgearbeitet, dass eine partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf gute Rahmenbedingungen und auch Arbeitgeber braucht, die Eltern die notwendige Flexibilität beispielsweise bezüglich der Arbeitszeiten ermöglichen. Gleichzeitig ist eine bedarfsgerechte und verlässliche Betreuung der Kinder notwendig. Deswegen haben wir einen Schwerpunkt auf gute Beispiele der Kinderbetreuung mit erweiterten Betreuungszeiten gelegt“, erläuterte die dbb Vize und betonte zugleich: „Damit sind die Vereinbarkeitsherausforderungen aber noch lange nicht gelöst. Es bedarf weiterer Anstrengungen aller Gestaltungspartner, um ein besseres Übereinkommen von Familie, privatem Engagement und Beruf zu erreichen.“

Ulrich Silberbach, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Mitglied der AG „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“, gab zu bedenken, dass die Demografiestrategie sich verstärkt mit den Konsequenzen der Digitalisierung für die Arbeitsbedingungen befassen müsse. „Stichwort Arbeiten 4.0: Für alle Freiräume, die durch technologischen Fortschritt neu entstehen, sind Rahmenbedingungen notwendig,

die die Beschäftigten schützen“, betonte der dbb Vize. So fehlten bislang effektive gesetzliche oder betriebliche Regelungen zum Umgang mit ständiger Erreichbarkeit. „Wir müssen sicherstellen, dass Flexibilität nicht zu einer Entgrenzung der Arbeit führt“, forderte Silberbach. Keinesfalls dürften die neuen Arbeitsbedingungen als Vorwand genutzt werden, um Arbeitsschutzstandards zu unterlaufen und das Arbeitszeitrecht aufzuweichen. Ansatzpunkt in Silberbachs Arbeitsgruppe war, dass die Arbeitnehmer gesund bleiben und im Falle einer Erkrankung durch eine optimale Versorgung möglichst schnell wieder in den Arbeitsprozess zurückkehren sollen, um den demografischen Herausforderungen begegnen zu können. Die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen und Nejustierungen bearbeitete die AG in Workshops zu Gesundheit und Prävention bei der Arbeit, dem Umgang mit erkrankten Beschäftigten, der Unterstützung vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen und der alters- und altersgerechten Gestaltung der Arbeit.

Für die Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, ist die Handlungsempfehlung ihrer AG „Jugend gestaltet Zukunft“, die das Ergebnis der bislang vierjährigen Arbeit darstellt, „eine gelungene Essenz der Forderungen junger Men-

schen an Bund, Länder und Kommunen, damit insbesondere im ländlichen Raum Perspektiven für die nachwachsenden Generationen erhalten bleiben und neu geschaffen werden“. In vielen Punkten habe die dbb jugend den Fokus auf den öffentlichen Dienst und dessen Aufgabe als Garant der Daseinsvorsorge und gleichzeitig als attraktiver Arbeitgeber im ländlichen Raum lenken können, berichtete die dbb jugend-Chefin. „Denn es ist der öffentliche Dienst, der Voraussetzung und Grundlage für eine Stärkung des ländlichen Raums ist. Wir freuen uns, dass wir in diesem Zusammenhang wichtige Punkte wie die Übernahme nach der Ausbildung, die Bezahlung der Fahrtkosten zu den auswärtigen Berufsschulen und eine stärkere Nachwuchswerbung für den Staatsdienst ähnlich dem dbb-Beispiel ‚Die Unverzichtbaren‘ in die Handlungsempfehlung einbringen konnten. Jedoch müssen diese 60 Seiten nun auch mit Leben gefüllt und umgesetzt werden“, forderte Kothe. „Es wäre tragisch und eine große Enttäuschung für all die Kinder und Jugendlichen, die über die Projekte der Leuphana Uni Lüneburg und die Online-Beteiligungsplattform ‚Ich mache Politik‘ mitgearbeitet haben, wenn diese Forderungen nur als leere Worte auf geduldigem Papier in Vergessenheit geraten.“ (01/11/17)

dbb bundesfrauenvertretung zum Equal Pay Day 2017: „Wir haben keine Zeit für Lohnungerechtigkeit“

(dbb) „Wir Frauen wollen nicht länger über Lohnungerechtigkeit diskutieren. Die Fakten liegen auf dem Tisch: 21 Prozent weniger verdienen Frauen im Vergleich zu Männern. Sogar im öffentlichen Dienst klafft eine Entgeltlücke von acht Prozent“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, im Vorfeld des Equal Pay Day am 18. März 2017.

Ein Hauptfaktor für die Lohnunterschiede sei die unterschiedliche Lebenszeitgestaltung von Männern und Frauen. „Wer lange in Teilzeit arbeitet oder Auszeiten für die Familie nimmt, hat finanziell das Nachsehen. In Deutschland sind das immer noch vor allem Frauen“, kritisierte Wildfeuer. Über den gesamten Lebensverlauf gesehen potenziere sich so nicht nur der Einkommensverlust. Im Alter bleibe Frauen im Schnitt weniger als die Hälfte der Ruhestandseinkünfte der Männer, so Wildfeuer.

Auch im öffentlichen Dienst hätten Frauen, die weniger als 35 Stunden arbeiteten, kaum eine

Chance auf Spitzenpositionen und die damit verbundenen Topvergütungen. Diejenigen, die Telearbeit nutzen, teilten dieses Schicksal. „Frauen, aber auch Männer, die weniger Zeit am Arbeitsplatz verbringen, haben schlechtere dienstliche Beurteilungen. Damit einhergehen schlechtere Beförderungs- und Aufstiegschancen.“ Das habe auch dramatische Auswirkungen auf die Alterseinkünfte von Frauen. „Da Frauen grundsätzlich über weniger Erwerbseinkommen verfügen, bleibt kaum etwas für die private Altersvorsorge übrig“, warnte Wildfeuer. (02/11/17)

dbb bundesseniorenvertretung: Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen ist ein stetes Ärgernis

(dbb) „Immer wieder müssen Beamte und Versorgungsempfänger bis zu drei Monate und länger auf die Bearbeitung ihres Beihilfeantrags warten - das muss sich ändern“, hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Wolfgang Speck, am 15. März 2017 gefordert. Die Bearbeitungsdauer könne zu erheblichen finanziellen Belastungen führen.

Gerade ältere Menschen hätten oft einen höheren medizinischen Behandlungsbedarf und müssten, um die Zahlungsfrist von zwei bis vier Wochen einzuhalten, in teils erheblichem Umfang in Vorleistung treten. Dies wiederum könne zur Überziehung des Kontos mit den entsprechenden Kosten führen, so Speck. Die Zah-

lungsfrist verstreichen zu lassen, sei auch keine Alternative, da in diesem Fall Verzugszinsen anfielen. „Man kann diese Situation nur als ein stetes Ärgernis bezeichnen“, stellte der Senioren-Chef fest.
(03/11/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Beamte in Baden-Württemberg: Tarifergebnis wird übertragen – abgesenkte Eingangsbesoldung vom Tisch

(dbb) Der BBW - Beamtenbund Tarifunion und die Landesregierung von Baden-Württemberg haben sich am 17. März 2017 über die Besoldung und Versorgung der Beamten verständigt. Demnach wird das Ergebnis 2017/2018 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder inhaltsgleich auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen. Zudem werde die Absenkung der Eingangsbesoldung zum 1. Januar 2018 aufgehoben.

Obendrein, heißt es beim BBW, gebe es einen Baden-Württemberg-Bonus in Höhe von jährlich 0,325 Prozent „auf die Bezüge aller Beamten und Versorgungsempfänger als Ausgleich für die neue Erfahrungsstufe 6 im Tarifbereich“. Der einzige Wermutstropfen sei, dass die Übertragung des Tarifergebnisses moderat verschoben werde, zeitlich gestaffelt nach Besoldungsgruppen. Zudem ist in der Vereinbarung festgehalten, dass die Absenkung der Eingangsbesoldung für alle zum 1. Januar 2018 aufgehoben wird.

In den Reihen des BBW wisse man das Verhandlungsergebnis zu schätzen, teilte der dbb Landesbund weiter mit. Der Landesvorstand habe nicht nur „einstimmig grünes Licht“ für die Vereinbarung gegeben, sondern auch die Arbeit der Landesleitung um den Vorsitzenden Volker Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, gelobt.
(04/11/17)

dbb rheinland-pfalz kritisiert geplante Anhebung der Bezüge für Landtagsabgeordnete

(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat die geplante Anhebung der Bezüge für Abgeordnete sowie der Gelder für Fraktionen im Landtag von Rheinland-Pfalz kritisiert. Zu dem von SPD und CDU vorgestellten Gesetzentwurf sagte die dbb Landeschefin Lilli Lenz am 17. März 2017: „Zusammen mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und den Personalvertretungen müssen wir als Gewerkschaft um jede Nachkommastelle einer Tarif- oder Besoldungserhöhung und um jede Stelle kämpfen, damit so etwas wie ein Inflationsausgleich und die Mindestfunktionalität der Verwaltung dabei herauskommen.“ Trotz Aufgabenzuwachs und Arbeitsverdichtung würde von der Politik gegen diese berechtigten Anliegen stets mit der Schuldenbremse argumentiert. „Aber bei den Abgeordneten und Fraktionen soll es nicht gelten? Das ist unfair und unklug. Es sollte vielmehr einen Gleichklang zwischen der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst und den Diäten geben“, so Lenz.

Natürlich gelte in der Politik wie im öffentlichen Dienst, dass gute Arbeit anständig bezahlt werden müsse, so die dbb Landesvorsitzende weiter. Qualifizierte Köpfe bekomme man hier wie dort nur gegen angemessene Vergütung. Nun würden sich die Abgeordneten – bevor 2020 die Schuldenbremse im Landeshaushalt greife – im Hau-Ruck-Verfahren aber einen bemerkenswert hohen Zuschlag von mindestens 17,5 Prozent genehmigen wollen, ergänzt um eine Bindung an den Verdienstindex des statistischen Landesamtes 2019 und 2020. Lilli Lenz: „2015 hätte

dieser Index zum Beispiel eine Steigerung der Bezüge um 3,3 Prozent vorgesehen. Im öffentlichen Dienst gab es damals nur 2,1 Prozent – nach einer dreijährigen Durststrecke mit einprozentigen Minianpassungen bei den Beamten im Landes- und Kommunaldienst. Die Maßstäbe sollen also zukünftig auseinanderklaffen. Das halten wir zusammen mit der Schnelligkeit des geplanten Diätenanstiegs für unverschämt.“
(05/11/17)

dbb Lehrerverbände und KMK: Integrationsbemühungen fortsetzen

(dbb) Die dbb Lehrerverbände und die Kultusministerkonferenz (KMK) wollen ihre Anstrengungen für die Integration der neu ins Land gekommenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen fortsetzen. Beim Jahresgespräch am 16. März 2017 in Berlin machten die Vertreter der dbb-Mitgliedsgewerkschaften deutlich, dass die seit Anfang 2016 deutlich zurückgegangenen Flüchtlingszahlen nicht zum Anlass genommen werden dürften, bei den Integrationsbemühungen im Bildungssystem nachzulassen.

Integration in die Gesellschaft könne nur gelingen, wenn das Bildungssystem den jungen Geflüchteten neben Sprache auch Werte und Demokratieverständnis vermittele. Einigkeit bestand zwischen KMK und dbb Lehrgewerkschaften darin, dass davon letztlich – insbesondere angesichts der politischen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt - alle Schülerinnen und Schülern profitieren würden. Dafür müssten die Schulen flächendeckend durch Partizipation der Lernenden zu Orten gelebter und erlebbarer Demokratie werden. Den Lehrkräften müssten die entsprechenden Freiräume eröffnet werden, um Werte und demokratische Grundstrukturen als Querschnittsaufgabe im Unterricht stärker zu verankern.

Die Kultusministerinnen und -minister brachten in dem Gespräch ihren Dank und Respekt für die bisher erbrachten Integrationsleistungen der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen

zum Ausdruck. Außerdem betonten auch sie, dass der Integrationsprozess nicht abgeschlossen sei. Vielmehr gehe es nun um das Nachsteuern, den Austausch zwischen den Ländern und Schulen über das bisher Erreichte und verbleibende Schwachstellen.

Besondere Aufmerksamkeit sei auf die Beruflichen Schulen zu lenken. Ihnen komme die schwierige Aufgabe zu, den Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu organisieren. Hierbei müsse noch stärker mit dem Bund, insbesondere der Bundesagentur für Arbeit, zusammengearbeitet werden, betonten KMK und dbb Lehrerverbände übereinstimmend. Für alle Schularten und Lehrämter müssten zudem die wissenschaftliche Begleitung des Integrationsprozesses ausgeweitet und die Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte verstärkt werden.
(06/11/17)

DSTG zur Reform der Grundsteuer: Ohne Personalkonzept droht Kollaps

(dbb) Durch die zu erwartende Reform der Grundsteuer müssen laut Deutscher Steuer-Gewerkschaft (DSTG) etwa 35 Millionen Grundstücke Neubewertet werden. Die politisch Verantwortlichen in den Ländern müssten daher rasch Klarheit schaffen, wie diese neue Hauptfeststellung zeitnah bewältigt werden könne. „Ohne ein Personalkonzept droht ein Kollaps der für eine Hauptfeststellung nicht gerüsteten Bewertungsstellen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, am 17. März 2017.

Insbesondere mit Blick auf den schon existierenden Personalfehlbestand in den deutschen Finanzämtern stelle sich die Frage, wer diese Massenaufgabe bewältigen solle. Die DSTG sehe diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf, zumal die Neubewertung einen mehrjährigen Vorlauf habe. Für den Aufwand sei es

auch unerheblich, ob das Bundesverfassungsgericht die bisherigen Werte verwerfe oder der Gesetzgeber bereits zuvor tätige werde: Erfolge der Auftrag, entstehe so oder so ein Personalproblem großen Ausmaßes.
(07/11/17)

VBE und BVKJ fordern Schulgesundheitsfachkräfte

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) haben die Ausbildung und den zeitnahen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften gefordert. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, wies auf die Dringlichkeit des Anliegens hin: „Durch Inklusion ist nicht nur die pädagogische Herausforderung gewachsen, sondern auch der Anspruch an eine medizinische Versorgung der Kinder gestiegen. Und da geht es nicht um Schnupfen, sondern zum Beispiel um Krebs, Epilepsie und schwerwiegende Allergien sowie chronische Erkrankungen. Die Schulgesetze regeln in unterschiedlicher Weise die Bestimmungen zur Assistenz bei der Medikamentengabe. Um „Bitten“ der Eltern nachzukommen und Inklusion zu ermöglichen, begeben sich Lehrkräfte in Graubereiche des Rechts. Damit provoziert die Politik eine Freiwilligkeitsfalle – mit möglicherweise schwerwiegenden Folgen.“

Kinder mit chronischen Erkrankungen müssten die Schule besuchen können, so die beiden Verbände. Der Staat solle daher eine medizinische Grundversorgung durch Schulgesundheitsfachkräfte an allen Schulen sicherstellen. Die Politik dürfe die Verantwortung nicht einfach auf die Lehrkräfte abschieben, da medizinische Assistenz von dafür ausgebildetem Personal durchgeführt werden sollte. Der Präsident des BVKJ, Thomas Fischbach, stellte fest: „Es gibt steigende Erkrankungsraten mit chronischen Krankheiten. Auch und insbesondere das Auftreten von Diabetes Typ2-Erkrankungen hat sich in den letzten Jahren verfünffacht. Kinder, die chronische Krankheiten haben, benötigen fortlaufend, auch während des Schulalltags, medizinische Assistenz.“

Schulgesundheitsfachkräfte sollten zudem präventive Angebote machen und damit zu einer

gesünderen Lebensweise der Schülerinnen und Schüler beitragen. VBE-Chef Beckmann: „Lehrkräfte haben einen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Die medizinische Betreuung, die Medikamentengabe und Präventionskurse müssen von Schulgesundheitsfachkräften übernommen werden, beziehungsweise die Lehrkräfte müssen bei Gesundheits- und Präventionsprojekten unterstützt werden. Auch die Beratung von Eltern ist ein wichtiger Aspekt.“ BVKJ-Präsident Fischbach ergänzte: „Medizinische Assistenz an der Schule sollte nur von medizinischen Fachkräften ausgeübt werden. Wir erkennen das hohe Engagement der Lehrkräfte an, aber stellen fest: Das darf kein Dauerzustand sein. Deshalb fordern wir von der Politik einen entschiedenen Kurswechsel, damit Deutschland endlich in dieser Frage zum weltweiten Standard aufschließt.“
(08/11/17)

BLBS begrüßt Entschluss der Kultusministerkonferenz zur Aufwertung des Ausschusses für Berufliche Bildung

(dbb) „Wir freuen uns ganz besonders über die Aufwertung der beruflichen Bildung. Die Kultusministerkonferenz (KMK), die im Rahmen ihrer Aufgaben in der dualen Berufsausbildung bundesweit für die Berufsschulen und die Vollzeitberufsschulen zuständig ist, hat unsere oft gestellte Forderung einstimmig erfüllt: Der bisher dem Schulausschuss unterstellte Unterausschuss für Berufliche Bildung wurde zu einem eigenständigen Hauptausschuss aufgewertet“, sagte Eugen Straubinger, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), am 16. März 2017.

Damit werde die berufliche Bildung jetzt auch in der Gremienstruktur der KMK in ihrer Bedeutung und Funktion als wichtige Säule des Bildungssystems erkennbar. Die Themen der beruflichen Bildung würden künftig in einem eigenständigen Hauptausschuss der KMK beraten und für die Beschlussfassung in der Amtschefkonferenz und im Plenum vorbereitet. Der BLBS verknüpfe damit die Erwartung, dass die dualen schulischen Partner und die Vollzeitschulen in

der Berufsausbildung in ihrer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft von der KMK entsprechend in der Öffentlichkeit dargestellt werden. „Wir erwarten auch, dass die KMK die Angelegenheiten der beruflichen Bildung mit den Spitzenorganisationen der Industrie, des Handwerks und der Sozialpartner nun wirkungsvoller verhandeln kann“, so Straubinger weiter.
(09/11/17)

Internationaler Tag der Wälder: BDF betont Rolle der Forstleute

(dbb) Zum Internationalen Tag der Wälder am 21. März 2017 hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) das Motto „Unser Wald tut Dir gut“ ausgegeben. Damit solle die Aufmerksamkeit auf den Wald und seine Wirkung für den Menschen gelenkt werden. Zu betonen sei in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Forstleute, die im Wald dafür sorgten, dass er für alle Bürgerinnen und Bürger erfahrbar ist und bleibt.

„Lange war das Interesse der Menschen am Wald überwiegend durch die Holznutzung und die Jagd bestimmt, aber wir erleben heutzutage, dass der Wald als Kraft- und Energiespender immer wichtiger wird. Wir freuen uns, dass unser Wald nicht nur als Holzlieferant und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch als ‚aktiver Lebensraum‘ für die Menschen wahrgenommen wird“, so Ulrich Dohle, Bundesvorsitzender des BDF. „Dabei ist es uns natürlich auch wichtig zu betonen, dass es Menschen sind, die den Wald erfahrbar machen und jeden Tag dafür Großartiges leisten.“

Während weltweit am Internationalen Tag der Wälder vor allem der nachwachsende Energie-

und Rohstoff Holz in den Blick genommen wird, gehe es Forstleuten und Waldbesitzern in Deutschland diesmal in erster Linie um die „Mensch-Wald-Beziehung“. „Wir geben uns tagtäglich große Mühe, dass unsere Wälder für die Menschen begehbar und erlebbar sind und bleiben. Dazu gehören nicht nur der Aufbau und die Pflege artenreicher, stabiler Wälder, regelmäßige Holzernte und Pflanzung sowie die Erhaltung und Förderung besonderer Waldbiotope. Wichtiger Teil unserer Arbeit ist auch die Instandhaltung der Waldwege, die zu Erholung und Sport einladen“, erklärte Dohle.
(10/11/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, Roland Staude, hat in einem Gastbeitrag für den Behörden Spiegel (Ausgabe März 2017) eine Attraktivitätsoffensive für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber gefordert. Das teilte der dbb Landesbund mit. Es könne nicht sein, dass in Nordrhein-Westfalen 8.000 Planstellen im Landesdienst unbesetzt sein. Die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst sei im Vergleich zur Privatwirtschaft, mit der man um die „besten Köpfe“ konkurriere, alles andere als attraktiv, bemängelt Staude. Es müsse ein Gesamtpaket aus Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Ausbau

der beruflichen Entwicklung und einer attraktiveren Vergütung her.

Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat die Studie der Vodafone Stiftung Deutschland „Wie lernen Lehrer?“ kritisiert. Die Zahl der befragten Lehrkräfte sei zu klein um „alle pauschal über einen Kamm zu scheren“, sagte der BLBS-Bundesvorsitzende Eugen Straubinger am 17. März 2017. In der Studie werde behauptet, dass die eigene Weiterbildung der Lehrer nur einen geringen Raum einnimmt. Nicht einmal jeder Zweite stelle sich zudem den neuen Herausfor-

derungen der Digitalisierung. In der „Berufsbildung 4.0“, so dagegen der BLBS, werde nicht nur die Arbeit mit digitalen Medien zum Lerninhalt. An den beruflichen Schulen gehe es zusätzlich darum, digitalisierte Arbeits- und Geschäftsprozesse zum Unterrichtsgegenstand zu machen. Reale Arbeitsmittel würden damit automatisch zum Bildungsmedium der beruflichen Schulen.

Am 17. März 2017 wurde vom Bund Deutscher Forstleute (BDF) der Titel „Waldgebiet des Jahres“ an den Frankenwald verliehen. Es sei vorbildlich, wie es die Forstleute im Frankenwald schaffen, nachhaltig und ökologisch zu wirtschaften, und es in besonderer Weise gelinge, den Tourismus mit dem Naturschutz und der forstlichen Nutzung in Einklang zu bringen. Der BDF-Bundesvorsitzende Ulrich Dohle überreichte vor zahlreichen Gästen aus Politik und Gesellschaft den Preis an die Forstleute der Forstbetriebe Rothenkirchen und Nordhalben, der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Fors-

ten Kulmbach und Münchberg sowie der Thüringer Forstämter Sonneberg und Schleiz.

Die Jahrestagung 2017 mit Bundesmitgliederversammlung des VDL - Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt findet vom 1. bis 3. Juni 2017 in Karlsruhe statt. Das teilte die dbb Mitgliedsgewerkschaft am 15. März 2017 auf ihrer Internetseite mit.

Achtung, in eigener Sache: Das dbb aktuell wird derzeit optisch und technisch komplett überarbeitet. Die Umstellung erfolgt zum 1. April 2017. Wenn Sie das dbb aktuell auch danach erhalten möchten, ist Ihre Mithilfe gefordert: Folgen Sie bitte dem angegebenen Link. Dort haben Sie die Möglichkeit, sich nur mit Ihrer E-Mail-Adresse über ein einziges Formular für das dbb aktuell und auf Wunsch für weitere E-Mail-Informationen anzumelden: <http://www.dbb.de/presse/newsletter/abmelden.html>
(11/11/17)

Termine zum Vormerken:

11. Forum Personalvertretungsrecht

"Personalrat 4.0 – arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung"
3./4. April 2017, dbb forum berlin

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

"Gesundheitsfürsorge der Beamten - Herausforderungen heute, Perspektiven morgen"
4. Mai 2017, dbb forum berlin

13. Frauenpolitische Fachtagung 2017 der dbb bundesfrauenvertretung

„Frauen 4.0: Diskriminierungsfreies Fortkommen im öffentlichen Dienst – Jetzt umdenken!“

11. Mai 2017, dbb forum berlin

5. wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung

20./21. Juni 2017, Berlin